

Übersetzung des Dokumentes „IADL verurteilt Israels Angriff auf die „Handala“ und fordert ein sofortiges Ende des Völkermords und der Hungersnot in Gaza“



**IADL condemns
Israel's attack on the
"Handala" and calls
for immediate end to
the genocide and
starvation in Gaza**
iadllaw.org/handalagaza

IADL verurteilt Israels Angriff auf die „Handala“ und fordert ein sofortiges Ende des Völkermords und der Hungersnot in Gaza

30.07. 2025

Die Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen (IADL) verurteilt die auf See erfolgte Attacke der israelischen Besatzungsmacht auf das Schiff „Handala“ der Gaza Freedom Flotilla. Das unter britischer Flagge fahrende Schiff mit 21 Passagieren (19 Menschenrechtsverteidigern und zwei internationalen Journalisten) an Bord wurde in internationalen Gewässern gekapert und aufgebracht. Alle 21 Passagiere kündigten an, im Falle eines Angriffs auf ihr Boot in einen unbefristeten Hungerstreik zu treten; viele von ihnen werden derzeit unrechtmäßig von Israel festgehalten. Mehrere der Festgenommenen wurden abgeschoben oder freigelassen, andere befinden sich weiterhin in Haft, darunter

Chris Smalls, Gründer der Amazon Workers' Union, der ebenfalls schwer misshandelt wurde.

Wir fordern die sofortige **Freilassung aller Gefangenen der „Handala“**, des Bootes und seiner Vorräte sowie die sofortige Bereitstellung von Nahrungsmitteln und humanitärer Hilfe für die palästinensische Bevölkerung im Gazastreifen über legitime internationale Mechanismen.

Zu diesem Zweck **fordern** wir das **sofortige Ende der rechtswidrigen Blockade des Gazastreifens, die Öffnung der Landübergänge für die Tausenden Tonnen Hilfsgüter**, die auf ihre Auslieferung warten und einen **sofortigen Waffenstillstand** durch Israel.

Wir **betonen** zudem die **Verantwortung aller Drittstaaten gemäß der Völkermordkonvention, den anhaltenden israelischen Völkermord an der palästinensischen Bevölkerung zu beenden.**

Die Mission der „Handala“ und der Gaza Freedom Flotilla ist es, die rechtswidrige Belagerung und Blockade des Gazastreifens durch die Besatzungsmacht Israel zu durchbrechen. Als zivile Initiative, die die Solidarität der globalen Zivilgesellschaft mit Gaza und der palästinensischen Bevölkerung gegen aufgezwungenen Hunger, Belagerung und Völkermord zum Ausdruck bringt, will die Gaza Freedom Flotilla ihren internationalen Pflichten nachkommen - moralisch und völkerrechtlich. Ziel der Reise der „Handala“ war nicht nur, humanitäre Hilfe nach Gaza zu bringen, darunter auch Babynahrung, die von der israelischen Besatzungsarmee, die insbesondere in Gaza einen Völkermord an der palästinensischen Bevölkerung begeht, wiederholt abgewiesen wurde, sondern auch, die anhaltende tödliche Blockade zu beenden, die Teil des israelischen Völkermords ist.

Die rechtswidrige Blockade ist derzeit die Ursache für eine von Menschen verursachte Hungersnot in Gaza, die im Juli 2025 bislang allein 65 Palästinenser aufgrund Unterernährung das Leben kostete. Initiativen wie die „Handala“ mussten in See stechen, da Drittstaaten und internationale Institutionen die notwendigen Maßnahmen zur Beendigung des israelischen Völkermords, der Blockade und der gezielten Hungerpolitik nicht ergriffen. Die Mission der „Handala“ wurde als Teil einer Basisinitiative gestartet, um die verbindlichen vorläufigen Anordnungen des Internationalen Gerichtshofs (Januar, März und Mai 2024) zur Zulassung humanitärer Hilfe nach Gaza durchzusetzen.

Die IADL drückt ihre Solidarität mit den zivilen Passagieren und der Besatzung der „Handala“ aus Australien, Frankreich, Italien, Tunesien, Marokko, Spanien, Schweden, Norwegen, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten aus.

Wir heben die Aussagen von Huwaida Arraf hervor, einer Bürgerrechtsanwältin in den Vereinigten Staaten und Mitglied der National Lawyers Guild, der Mitgliedsorganisation der IADL in den Vereinigten Staaten. Sie ist Mitbegründerin der Internationalen Solidaritätsbewegung und der Free Gaza Movement und eine weltweit führende

Persönlichkeit der Bewegung für Menschenrechte für Palästinenser.

Als die Handala sich der Küste Gazas näherte, kontaktierte die israelische Armee die Besatzung und verbreitete Lügen über ihre Mission. Huwaida Arrafs scharfe Reaktion war: *„Ich möchte Ihnen eine Lektion in internationalem Menschenrechtsrecht erteilen. Jede Blockade, die eine Zivilbevölkerung absichtlich aushungert, ist ein Verstoß gegen das Völkerrecht. Und nicht nur das – sie ist ein Kriegsverbrechen. Sie haben keine rechtliche Befugnis, eine rechtswidrige Blockade durchzusetzen. Und daher haben Sie auch keine Befugnis, Gewalt anzuwenden, um eine rechtswidrige Blockade durchzusetzen. Deshalb fordern wir Sie auf, sich zurückzuziehen. Sie tragen die Verantwortung für das Wohlergehen aller Zivilisten an Bord dieses Schiffes. Als Besatzungsmacht in Gaza tragen Sie die Verantwortung für die Gesundheit und das Wohlergehen der dortigen Zivilbevölkerung. Sie haben diese Verpflichtung nicht nur missachtet, sondern vernichten die Menschen aktiv. Sie haben eine Hungersnot herbeigeführt. Sie lassen Zivilisten und Kinder vor den Augen der Welt absichtlich verhungern. Unser Schiff stellt keine Bedrohung für Sie dar. Wir transportieren ausschließlich humanitäre Hilfe, daher haben Sie keine Befugnis, unser Schiff abzufangen oder anderweitig anzugreifen. Wir fordern Sie erneut auf, sich zurückzuziehen.“*

Dies ist nicht der erste gewaltsame Angriff auf die Gaza Freedom Flotilla. Nach der erfolgreichen Einfahrt von fünf Schiffen in den Gazastreifen im Jahr 2008 hat Israel wiederholt Boote an der Ausfahrt gehindert oder sie auf See in internationalen Gewässern unrechtmäßig abgefangen. 2010 griffen israelische Besatzungstruppen die „Mavi Marmara“ an, ein türkisches Schiff, das eine Flottille mit mehreren Schiffen nach Gaza führte, und töteten dabei zehn Menschenrechtsverteidiger an Bord.

Allein in den letzten drei Monaten, während Israel den von Menschen verursachten Hunger und die Hungersnot in Gaza durch die Verschärfung der Blockade und die Verweigerung humanitärer Hilfe verschärfte, griff es die Freiheitsflottille und ihre Schiffe dreimal an.

Im Mai 2025 wurde das Schiff „Conscience“ der Gaza-Freiheitsflottille offenbar in der Nähe von Malta von israelischen Drohnen bombardiert, wobei die Besatzung verletzt und Hilfsgüter beschädigt wurden.

Im Juni wurde das Flottillenschiff „Madleen“ auf ähnliche Weise unrechtmäßig geentert, von Besatzungssoldaten übernommen und in internationalen Gewässern beschlagnahmt, während seine internationalen Teilnehmer von der israelischen Besatzung unrechtmäßig festgehalten wurden.

Nun, in einer Wiederholung des Angriffs vom Juni – während sich die aufgezwungene Hungersnot in Gaza erheblich verschärft hat und allein im Juli 2025 bislang 67 Palästinenser an Unterernährung starben – kaperten die israelischen Besatzungstruppen erneut die „Handala“ in internationalen Gewässern, um ihre illegale Blockade des Gazastreifens durchzusetzen.

Der Angriff auf die „Handala“ verstößt nicht nur gegen die ausstehenden Anordnungen des Internationalen Gerichtshofs im Verfahren Südafrika gegen Israel, die die Einfuhr humanitärer Hilfe vorschreiben, sondern auch gegen Artikel 92 des Seerechtsübereinkommens (SRÜ), der die ausschließliche Gerichtsbarkeit über Schiffe auf See dem Flaggenstaat zuschreibt; gegen die Artikel 23 und 33 der Vierten Genfer Konvention, die Kollektivstrafen wie die Blockade verbieten und freie Durchfahrt für humanitäre Zwecke vorschreiben; sowie gegen zwingende Normen des Völkerrechts. Darüber hinaus ist dieser Angriff ein klarer Versuch, Israels Einsatz von Nahrungsmitteln und Medikamenten als Kriegswaffe zu fördern und den aufgezwungenen Hunger der Palästinenser im Gazastreifen fortzusetzen.

Dies geht einher mit der systematischen Verweigerung der Einfuhr von Hilfsgütern für Palästinenser sowie der Gründung der sogenannten „Gaza Humanitarian Foundation“ (GHF), einem gemeinsamen US-israelischen Projekt. Die GHF, die von den Vereinten Nationen und der internationalen Hilfsgemeinschaft abgelehnt wurde, hat im gesamten Gazastreifen „Todesfallen“ errichtet, in denen fast 1.000 Palästinenser getötet wurden.

An diesen Standorten eingesetzte US-Söldner sowie die israelische Besatzungsarmee haben wiederholt scharfe Munition gegen hilfsbedürftige Palästinenser eingesetzt. Die GHF zielt nicht darauf ab, hungernden Zivilisten zu helfen, und kommt Israels Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht nicht nach. Vielmehr zielt sie darauf ab, die Verstöße gegen dieses Recht zu fördern, indem sie die Vertreibung und ethnische Säuberung der Palästinenser in Gaza fördert.

Gleichzeitig werden das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA), das Welternährungsprogramm (WFP) und andere legitime Hilfsorganisationen aufgrund der israelischen Blockade daran gehindert, Hilfe zu erhalten oder zu verteilen.

Angesichts des seit 22 Monaten eskalierenden Völkermords **betonen wir**, dass die Vereinigten Staaten, Großbritannien, die Länder der Europäischen Union und Kanada nicht nur ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nicht nachkommen, sondern sich durch ihre Waffenlieferungen, ihre nachrichtendienstliche Unterstützung sowie ihre wirtschaftlichen und diplomatischen Zwangsmaßnahmen zur Unterstützung Israels aktiv am Völkermord an der palästinensischen Bevölkerung beteiligen.

Wir fordern alle Staaten unter anderem auf:

- Die sofortige Freilassung der Passagiere der „Handala“ und die Einfuhr humanitärer Hilfsgüter nach Gaza zu fordern.
- Ein umfassendes Waffenembargo gegen Israel zu verhängen
- Israelische Botschaften zu schließen, israelische Botschafter auszuweisen und Botschafter aus Israel abzuziehen
- Israelische Beamte und Soldaten sowie mitschuldige Beamte von Drittstaaten wegen ihrer anhaltenden Durchführung des Völkermords an den Palästinensern in Gaza strafrechtlich zu verfolgen

Sofort alle möglichen Druckmittel einzusetzen, um die Landübergänge für die Durchfahrt Tausender wartender Lastwagen nach Gaza zu öffnen.

Wir fordern Drittstaaten außerdem auf, Schiffe und humanitäre Flotten in den Gazastreifen zu sponsern, um die rechtswidrige israelische Blockade zu beenden. Palästinenser in Gaza haben, auch als Menschen unter Besatzung, das Recht, Boote mit humanitärer Hilfe in ihren Hoheitsgewässern zu empfangen. Wir fordern nationale Anwaltskammern, Anwälte und Rechtspraktiker weltweit auf, Amicus Curiae-Schriftsätze, nationale Zivilklagen und Überweisungen an UN- und ICC-Mechanismen einzuleiten, um Israel – und alle beteiligten Staaten – für ihre Verstöße zur Verantwortung zu ziehen.

Wir befürworten außerdem die Anwendung des nationalen Rechts und der universellen Gerichtsbarkeit, um israelische und drittstaatliche Unternehmen und Einzelpersonen, darunter Soldaten, Söldner und Militärunternehmer, die am Völkermord beteiligt sind, zur Rechenschaft zu ziehen, die Strafverfolgung von Wohltätigkeitsorganisationen und gemeinnützigen Organisationen voranzutreiben, die das israelische Militär und den Siedlungsbau direkt unterstützen und die internationale Rechtsgemeinschaft auffordern, Aktivisten und Menschenrechtsverteidiger zu verteidigen, die wegen ihres Widerstands gegen den Völkermord kriminalisiert oder strafrechtlich verfolgt werden.

Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen

30. Juli 2025

IADL condemns Israel's attack on the "Handala" and calls for immediate end to the genocide and starvation in Gaza

30.07. 2025

The International Association of Democratic Lawyers (IADL) condemns the Israeli occupation's naval attack on the "Handala" ship of the Gaza Freedom Flotilla. The UK-flagged ship, carrying 21 passengers (19 human rights defenders and two international journalists), was hijacked and seized in international waters. All 21 passengers announced that they would launch an open-ended hunger strike should their boat be attacked; many are currently being unlawfully detained by Israel.

Several of the detainees have been deported or released, while others remain detained, including Chris Smalls, founder of the Amazon Workers' Union, who was also severely beaten. We call for the immediate release of all detainees taken from the "Handala," the boat and its supplies, as well as the immediate provision of food and humanitarian aid through legitimate international mechanisms to the Palestinian people of Gaza. To that

end, we call for the immediate end of the unlawful blockade of Gaza, the opening of land crossings to enter the thousands of tons of aid awaiting delivery, and an immediate ceasefire by Israel. We further emphasize the responsibility of all third states under the Genocide Convention to bring an end to the ongoing Israeli genocide against the Palestinian people.

The mission of the “Handala” and the Gaza Freedom Flotilla is to break the unlawful siege and blockade of the Gaza Strip imposed by Israel, the occupying power. As a civilian initiative expressing the solidarity of global civil society with Gaza and the Palestinian people against imposed starvation, siege and genocide, the Gaza Freedom Flotilla aims to fulfill international duties, morally and under international law.

The “Handala’s” voyage aimed not only to bring humanitarian aid to Gaza, [including baby formula](#), which has been repeatedly denied entry by the Israeli occupation army carrying out a genocide against the Palestinian people, especially in Gaza, but to bring an end to the ongoing deadly blockade, part and parcel of the Israeli genocide. The unlawful blockade is currently the cause of a human-engineered famine and starvation in Gaza, which has already taken the lives of 65 Palestinians due to malnutrition alone in July 2025.

Initiatives like the “Handala” have been forced to take sail in light of the failure of third states and international institutions to take necessary actions to bring the Israeli genocide, blockade, and deliberate starvation policy to an end. Indeed, the “Handala”’s mission was launched as part and parcel of a grassroots effort to enforce the binding preliminary orders of the International Court of Justice (January, March and May 2024) to allow humanitarian aid into Gaza.

The IADL expresses its solidarity with the civilian passengers and crew of the “Handala,” from Australia, France, Italy, Tunisia, Morocco, Spain, Sweden, Norway, the United Kingdom and the United States. We highlight the statements of Huwaida Arraf, a civil rights lawyer in the United States and a member of the National Lawyers Guild, IADL’s member organization in the United States. She is a co-founder of the International Solidarity Movement and Free Gaza Movement, and a global leader in the movement for human rights for Palestinians. As the Handala sailed closer to Gaza’s shore the Israeli Army contacted the crew communicating lies about their mission, Huwaida Arraf’s strong response was:

“Let me give you a lesson in international human rights law.

“Any blockade that deliberately starves a civilian population is a violation of international law. It is not only that – it is a war crime. You have no legal authority to enforce an unlawful blockade. And as such, you have no authority to use force to enforce an unlawful blockade.

“Therefore, we demand that you stand down. You are responsible for the wellbeing of every civilian on board this vessel. As an occupying power in Gaza, you are responsible for the health and wellbeing of the civilian population there.

“Not only have you disregarded that obligation, but you are actively exterminating the people. You have engineered a famine. You are deliberately starving civilians and children before the eyes of the world.

“Our vessel does not constitute any threat to you. We carry only humanitarian aid, and therefore, you have no authority to intercept or otherwise attack our vessel. We demand again that you stand down.”

This is not the first violent attack on the Gaza Freedom Flotilla. After the successful entry of five ships to Gaza in 2008, Israel has repeatedly prevented boats from sailing or unlawfully intercepted them at sea in international water. In 2010, Israeli occupation forces attacked the “Mavi Marmara,” a Turkish ship leading a multi-vessel flotilla to Gaza, killing 10 human rights defenders on board. In just the past three months, as Israel has escalated the human-engineered starvation and famine in Gaza through escalation of the blockade and denial of humanitarian aid, it has also attacked the Freedom Flotilla and its vessels three times.

In May 2025, the Gaza Freedom Flotilla’s ship “Conscience” was evidently bombed by Israeli drones near Malta, injuring crew and damaging relief cargo. In June, the “Madleen” flotilla ship was similarly unlawfully boarded, taken over by occupation soldiers, and seized in international waters, and its international participants unlawfully detained by the Israeli occupation. Now, in a repeat of the June attack – even as the imposed starvation in Gaza has considerably worsened, with 67 Palestinians killed by malnutrition in July 2025 alone – the Israeli occupation forces once again hijacked the “Handala” in international waters in order to enforce its illegal blockade on Gaza.

The attack on the “Handala” violates not only the outstanding orders of the International Court of Justice in *South Africa v. Israel*, which mandate the entry of humanitarian aid, but also Article 92 of UNCLOS, which requires exclusive jurisdiction over ships at sea to be held by the flagging country; Articles 23 and 33 of the Fourth Geneva Convention, which forbid collective punishment, such as the blockade, and require free passage for humanitarian needs; and peremptory norms of international law.

Further, this attack comes in a clear effort to further Israel’s use of food and medicine as a weapon of war and to continue the imposed starvation of Palestinians in Gaza. This comes alongside the systematic denial of entry of aid to Palestinians, as well as the creation of the so-called “Gaza Humanitarian Foundation,” a joint U.S.-Israeli project. The GHF, which has been repudiated by the United Nations and the international aid community, has created “death traps” throughout the Gaza Strip at which nearly 1,000 Palestinians have been killed. U.S. mercenaries employed at these sites, as well as the Israeli occupation army, have repeatedly used live fire against aid-seeking Palestinians. The GHF does not aim to provide aid to starving civilians, and does not meet Israel’s obligations under international humanitarian law. Rather, it aims to further the violations of such law by facilitating the displacement and ethnic cleansing of Palestinians in Gaza.

At the same time, the United Nations Relief and Works Agency (UNRWA), the World

Food Program (WFP), and other legitimate aid distribution mechanisms are being blocked from receiving or distributing aid due to the Israeli blockade.

Amid 22 months of escalated genocide, we emphasize that the United States, Britain, European Union countries and Canada are not merely failing to live up to their obligations under international law, but are active participants in the genocide against the Palestinian people through their supply of weapons, intelligence support, and economic and diplomatic coercive measures in support of Israel.

We call upon all states to, among other measures:

- * Demand the immediate release of the “Handala” passengers and the entry of humanitarian aid into Gaza;
- * Impose a full two-way arms embargo on Israel;
- * Close Israeli embassies, expel Israeli ambassadors and withdraw ambassadors from Israel;
- * Open prosecutions of Israeli officials and soldiers and complicit third-state officials for their ongoing perpetuation of genocide against Palestinians in Gaza;
- * Immediately carry out all forms of pressure to open the land crossings to enter thousands of trucks waiting for access to Gaza.

We further call upon third states to sponsor ships and humanitarian flotillas to the Gaza Strip to bring an end to the unlawful Israeli blockade. Palestinians in Gaza, even as people under occupation, have the right to receive boats carrying humanitarian aid in their territorial waters.

We urge national bar associations, lawyers, and legal practitioners worldwide to initiate amicus briefs, domestic civil actions, and referrals to UN and ICC mechanisms to hold Israel—and any complicit states—responsible for their violations. We further encourage the use of domestic law and universal jurisdiction to hold accountable Israeli and third-state corporations and individuals, including soldiers, mercenaries and military contractors, involved in the genocide, pursue the prosecution of “charities” and nonprofit organizations that provide direct aid to the Israeli military and settlement enterprise, and urge the international legal community defend activists and human rights defenders criminalized or prosecuted for their opposition to genocide.

International Association of Democratic Lawyers

30 July 2025